



## Westbalkan-Gipfel in Poznań: Förderung der Beziehungen innerhalb der Region und mit der EU

Brüssel, 5. Juli 2019

Auf dem Westbalkangipfel in Poznań bestätigte die EU ihre Entschlossenheit, die Zusammenarbeit mit der Region durch eine Reihe konkreter Maßnahmen in folgenden fünf Schlüsselbereichen zu stärken: Verkehr und Energie, digitaler Sektor, Wirtschaft, Sicherheit und gutnachbarliche Beziehungen.

Die Regierungschefs, die Außen-, Wirtschafts- und Innenminister der Westbalkanländer und ihre Amtskollegen aus mehreren EU-Mitgliedstaaten sowie hochrangige Vertreter der EU trafen sich gestern und heute in Poznań, um die regionale Zusammenarbeit zwischen den sechs Partnern innerhalb der Region, aber auch zwischen dem Westbalkan und der EU zu intensivieren und den europäischen Integrationsprozess der westlichen Balkanstaaten weiter voranzutreiben.

Die Hohe Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik/Vizepräsidentin der Europäischen Kommission, Federica **Mogherini**, erklärte: *„Die Zusammenarbeit mit dem westlichen Balkan ist eine Priorität. Heute sind alle sechs Partner im westlichen Balkan näher an der Europäischen Union als zu Beginn unserer Amtszeit vor knapp fünf Jahren. Die Beitrittsperspektive ist nach wie vor die treibende Kraft für den Wandel in der Region. Regionale Zusammenarbeit, gutnachbarliche Beziehungen und Aussöhnung sind entscheidend und unterstützen die EU-Integration der westlichen Balkanstaaten.“*

Hierzu erklärte Johannes **Hahn**, EU-Kommissar für die Europäische Nachbarschaftspolitik und Erweiterungsverhandlungen: *„Wir verstärken unsere Bemühungen, die Infrastrukturen zu modernisieren sowie die Digitalisierung, Investitionen in grünes Wachstum und die Kreislaufwirtschaft zu fördern. Die EU-Programme werden den Menschen in den westlichen Balkanstaaten greifbare Vorteile bringen. Sie sind ein weiterer Meilenstein in unseren Beziehungen zu der Region, die zunehmend enger werden.“*

EU-Verkehrskommissarin Violeta **Bulc** fügte hinzu: *„Ich begrüße die Unterstützung mehrerer regionaler Projekte – in Zusammenarbeit mit der [Verkehrsgemeinschaft](#). Diese Projekte werden die Straßenverkehrssicherheit und die Effizienz im Eisenbahnverkehr verbessern, die Fahrtzeiten und Transportkosten verringern und Verkehrsengpässe beseitigen. Eine bessere Vernetzung bedeutet, den Alltag der Menschen in der Region zu fördern und sie näher an die EU heranzuführen.“*

### Ausbau der Verkehrs- und Energieanbindung innerhalb der Region und an die EU

Die Verbesserung der Konnektivität zwischen den westlichen Balkanstaaten sowie zwischen dem westlichen Balkan und der EU ist eine wesentliche Voraussetzung für Wachstum und Beschäftigung und bringt klare Vorteile für Wirtschaft und Menschen sowohl in der Region und als auch in der EU.

Im Bereich Verkehr und Energie hat die Kommission folgende Vorschläge unterbreitet:

- ein neues **Konnektivitätspaket** in Höhe von 180 Mio. EUR. Die im Rahmen des [Investitionsrahmens für den westlichen Balkan](#) durchgeführten Finanzhilfen für acht neue Verkehrs- und Energieprojekte (Straßen-, Schienen- und Energieübertragungsinfrastrukturen) werden zu den Zielen der Konnektivitätsagenda ([Hyperlink zur Broschüre](#)) beitragen und Investitionen von bis zu 728 Mio. EUR mobilisieren. Die Projekte werden die Modernisierung einer gemeinsamen Eisenbahngrenzstation, die Installation von Signal- und Telekommunikationsgeräten auf einer Bahnstrecke von mehr als 100 km, den Bau und Ausbau von mehr als 30 km Autobahnstrecke und mehr als 100 km Stromübertragungsleitungen sowie den Bau einer 68 km langen Gasfernleitung unterstützen;
- Finanzhilfen in Höhe von 15 Mio. EUR zur Verbesserung der **Straßenverkehrssicherheit** und des Betriebs von Grenzübergangsstellen in der Region. Die Zuschüsse zielen auf die Verbesserung der Straßenverhältnisse auf den Straßenabschnitten mit hohen Unfallzahlen ab, während Verbesserungen an den Grenzübergangsstellen zu Zeitersparnissen für Bürger und schwere Nutzfahrzeuge führen sollen;
- einen Aktionsplan für die Umsetzung der **regionalen Eisenbahnstrategie**, der darauf abzielt, die Anbindung innerhalb der Region und mit der EU zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit des Eisenbahnsektors durch zuverlässigere, kostengünstigere und sicherere Maßnahmen zu steigern.

## **Stärkung des digitalen Wandels in der Region**

Die Staats- und Regierungschefs begrüßten am 1. Juli 2019 das Inkrafttreten des **Regionalen Roaming-Abkommens**, mit dem der Übergang der Region in eine **digitale Wirtschaft** unterstützt und die Vorteile des digitalen Wandels wie schnelleres Wirtschaftswachstum, mehr Arbeitsplätze und bessere Dienstleistungen genutzt werden sollen. Das Abkommen ist eine wichtige Errungenschaft der [Digitalen Agenda für den westlichen Balkan](#) und ein Paradebeispiel für die Vorteile der regionalen Zusammenarbeit. Die Verbraucher werden eine erhebliche Senkung ihrer Roaming-Gebühren in der Region feststellen, mit bis zu achtmal billigeren Anrufen und niedrigeren Kosten für das Herunterladen von Daten.

Im Bereich der **Breitbandanbindung**, einem wesentlichen Element der digitalen Wirtschaft in der Region, kündigte die Kommission neue Zuschüsse in Höhe von 1,65 Mio. EUR für drei Projekte an, mit denen die Entwicklung nationaler Breitbandnetze unterstützt und die digitale Anbindung in Albanien, Montenegro und in Nordmazedonien verbessert werden.

## **Unterstützung der sozioökonomischen Entwicklung, der wirtschaftlichen Integration und eines grünen Wachstums**

Im Bereich der sozioökonomischen Entwicklung

- berichtete die Kommission über die im Rahmen des **Garantieinstruments** erzielten Fortschritte. Die Anfang 2019 durch den Investitionsrahmen für die westlichen Balkanstaaten auf den Weg gebrachte Garantie mit einer ersten Zusage von EU-Mitteln in Höhe von bis zu 150 Mio. EUR zielt darauf ab, bis zu 1 Mrd. EUR an Investitionen für nachhaltige sozioökonomische Entwicklung und regionale Integration zu mobilisieren, damit private Investitionen wieder angekurbelt und der Zugang zu Finanzmitteln in der Region verbessert wird;
- unterzeichnete die Kommission zusammen mit internationalen Finanzinstitutionen Absichtserklärungen, um die [Fazilität für Unternehmensentwicklung und Innovation im westlichen Balkan](#) mit zusätzlichen 20 Mio. EUR aufzustocken und die Mittel, die für **KMU** mit Sitz in den westlichen Balkanländern bereitgestellt werden, damit zu erhöhen;
- unterstützt die Kommission weiter den regionalen Plan zur Entwicklung eines **regionalen Wirtschaftsraums** und begrüßt die Zustimmung zum Abkommen über die gegenseitige Anerkennung von Hochschulabschlüssen.

Zur Unterstützung der **sozioökonomischen Integration** der Roma-Bevölkerung billigten die Staats- und Regierungschefs die **Erklärung zur Integration der Roma**. Die Staats- und Regierungschefs sagten zu, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um konkrete Ergebnisse in den Bereichen Beschäftigung, Wohnungswesen, Bildung, Gesundheit, Personenstandsregister und Nichtdiskriminierung zu erzielen.

In den Bereichen **Umwelt und Klima** billigten die Staats- und Regierungschefs die gemeinsame Erklärung zum Thema „Energiewende in den westlichen Balkanländern“, die am 21. Februar 2019 unterzeichnet wurde. Um diese Dynamik zu nutzen, will die Kommission die Bemühungen der Region um eine **Grüne Agenda für den westlichen Balkan** unterstützen, durch die die regionale Zusammenarbeit gestärkt und das Wohlergehen und die Gesundheit der Menschen in der Region und in den benachbarten EU-Mitgliedstaaten gefördert werden sollen. Gleichzeitig ermöglicht die Agenda die Erschließung des Potenzials einer grünen, kohlenstoffarmen und kreislauforientierten Wirtschaft im westlichen Balkan. Die Staats- und Regierungschefs bekräftigten ihr Engagement für eine ehrgeizige Umweltagenda, die zur Bekämpfung des Klimawandels beiträgt.

## **Verstärkte Maßnahmen im Bereich der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit**

Die Staats- und Regierungschefs haben eine Bilanz der Fortschritte gezogen, die bei der Zusammenarbeit zwischen dem westlichen Balkan und der EU bei der Bewältigung gemeinsamer sicherheitspolitischer Herausforderungen erzielt wurden, unter anderem im Kampf gegen Terrorismus, Radikalisierung, Cyberangriffe, hybride Bedrohungen, organisierte Kriminalität und illegalen Handel mit Feuerwaffen. Ein weiterer Gegenstand der Beratungen war der Zusammenhang zwischen Korruption und Sicherheit; die Vertreter des Westbalkans bekräftigten erneut ihr Engagement im Kampf gegen die Korruption.

## **Unterstützung der regionalen Zusammenarbeit und Förderung gutnachbarlicher Beziehungen**

Die regionale Zusammenarbeit und gutnachbarlichen Beziehungen sind zentrale Anliegen auf dem Weg in die EU, der auch die Erzielung einer dauerhaften und echten Aussöhnung verlangt. Der Gipfel war eine Gelegenheit für die Partner des westlichen Balkans, bilaterale Fragen und Altlasten der Vergangenheit wie Kriegsverbrechen und vermisste Personen zu erörtern. Die EU fördert auch weiterhin die Einbeziehung der Jugend des Westbalkans. So gilt die Zusammenarbeit der Jugend in

zahlreichen Projekten, z. B. den Marie-Skłodowska-Curie-Maßnahmen, den Programmen Kreatives Europa und [Erasmus+](#) sowie der vom [Ressourcenzentrum Südosteuropa](#) (SALTO) betreuten Komponente des Programms „Jugend in Aktion“ als wichtige Voraussetzung für die Verbesserung der regionalen Konnektivität. Darüber hinaus unterstützt die EU die Arbeit des [Regionalen Büros für Jugendzusammenarbeit](#) (RYCO), um die Aussöhnung und die Zusammenarbeit zwischen den Jugendlichen in der Region zu fördern.

### **Hintergrund**

Der Gipfel in Poznań ist Teil des sogenannten Berlin-Prozesses, einer Initiative mehrerer EU-Mitgliedstaaten zur Förderung der regionalen Zusammenarbeit und der europäischen Beitrittsperspektive der westlichen Balkanländer.

### **Weitere Informationen**

[Factsheet zum EU-Beitrittsprozess der Länder des westlichen Balkans](#)

[Factsheet zur Förderung der Konnektivität](#)

[Factsheet zur Förderung der digitalen Konnektivität](#)

[Konnektivitätsagenda der EU für den westlichen Balkan](#) \*

\* berichtigt am 5.7.2019, 12:51 Uhr.

IP/19/3669

Kontakt für die Medien:

[Maja KOCIJANCIC](#) (+32 2 298 65 70)

[Enrico BRIVIO](#) (+32 2 295 61 72)

[Alceo SMERILLI](#) (+ 32 2 296 48 87)

[Stephan MEDER](#) (+32 2 291 39 17)

Kontakt für die Öffentlichkeit: [Europe Direct](#) – telefonisch unter [00 800 67 89 10 11](#) oder per [E-Mail](#)